



SEITE 2
Total Banane! Neues aus der schwarz-gelben Welt

SEITE 3
Alleinerziehende stärken

SEITE 4
Leiharbeit besser bezahlen



SEITE 5
Im Interview: Olaf Scholz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 6
Rettungsschirm für Kommunen



SEITE 7
Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse über Moral und Unmoral in der Politik

SEITE 8
Schwarz-Gelb: Auch in der Bildung Klientelpolitik

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 2/2010

Fairness auf dem Arbeitsmarkt

SPD will neue Kultur der Arbeit

Mit grundlegenden Reformen will die SPD-Bundestagsfraktion die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herstellen. „Wir wollen vor allem das Normalarbeitsverhältnis stärken“, erläutert Olaf Scholz, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und als SPD-Parteivize einer der Autoren des Konzeptes.

Arbeit muss sich nicht nur wieder lohnen, die arbeitenden Menschen hierzulande haben auch ein Recht auf faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung. Die Begrenzung von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, ein gesetzlicher Mindestlohn und ein sozialer Arbeitsmarkt sollen für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sorgen. So beschreibt es die SPD in ihrem Konzept „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. Angesichts von einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse nimmt die SPD ganz bewusst einen Gegenpart ein. Die Sozialdemokraten sehen die Würde der arbeitenden Menschen und die Vollbeschäftigung als oberste Ziele, um eine neue „Kultur der Arbeit“ zu schaffen.

Dabei setzen sich die Sozialdemokraten auch selbstkritisch mit Fehlentwicklungen aus den Arbeitsmarkt-



formen der rot-grünen Bundesregierung auseinander – etwa bei der Leiharbeit oder der Vermögensanrechnung von Beziehern der Grundsicherung. Im Kern geht es der SPD darum, den Trend weg von sozialversicherter und Existenz sichernder Arbeit zu stoppen.

Deutschland dürfe nicht zu einer Transfergesellschaft werden, wie sie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers propagiere, betont der SPD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sigmar Gabriel. ■ **Mehr zum Thema: Seite 5**

Die Pflegebranche gehört zu den Wachstumsbranchen der Zukunft. Doch die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Der Einsatz der SPD für einen Mindestlohn in der Pflege hat sich aber gelohnt: Jetzt hat sich die noch von Olaf Scholz als Arbeitsminister eingesetzte Fachkommission auf eine verbindliche Lohnuntergrenze in der Branche geeinigt.

Steuerfreiheit von Zuschlägen: Union kneift

Steuerprivilegien für Hoteliers – aber kein Bekenntnis zur Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen: Die SPD-Bundestagsfraktion hatte am 22. April eine namentliche Abstimmung zur Beibehaltung der Steuerfreiheit dieser Zuschläge beantragt, die Abgeordneten von Union und FDP haben in der Mehrheit gekniffen. So bleibt

nach wie vor offen, ob nicht vor allem Beschäftigte die Zeche für die Steuersenkungspläne von Schwarz-Gelb zahlen müssen. Wer in Schicht oder am Wochenende arbeitet, gehört zu den Leistungsträgerinnen und -trägern dieser Gesellschaft. Knapp 20 Millionen Beschäftigte profitieren derzeit von der Steuerfreiheit dieser Zuschläge. ■

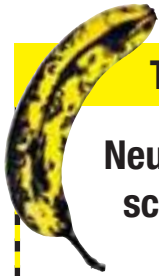
Kaum Perspektiven für junge Beschäftigte

Vor allem junge Beschäftigte sind die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt:

- Fast jede zweite Neueinstellung ist heute befristet.
- Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent gesunken.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb:

- die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse zu befristen, künftig drastisch einzuschränken,
- einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz.



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Der Spaßpolitiker **Guido Westerwelle** (FDP) ist zurück. Nach seinen Ausfällen zum Thema Hartz IV setzt er nun wieder auf Seichtes. In einem Interview mit dem Jugendmagazin „Bravo“ plauscht er über die Jugend, den elterlichen Partykeller und Abba. Außerdem gibt er zu Protokoll, dass Klein-Guido neben Physik und Chemie auch Mathematik gehasst hat. Wir meinen: Kein Wunder, dass das Steuerkonzept der FDP ein Schuss in den Ofen ist.

Und wie ist die Stimmung in der schwarz-gelben Koalition insgesamt? Das weiß CSU-Generalsekretär **Alexander Dobrindt**. Auf einer Veranstaltung in Landsberg vermeldete er: „Der Frühling in Landsberg ist mir tausendmal lieber als die frostige Stimmung in Berlin.“ Nur mit halber Kraft konnte er an der dort angesagten Diskussion zum Thema Wertstoffentsorgung teilnehmen: „Ich kann nicht über gelbe Säcke reden, das wäre unhöflich.“

Arbeitsministerin **Ursula von der Leyen**, derzeit beliebteste Unionspolitikerin, glänzt derzeit mit guten Ratschlägen: „Ob Dachdecker oder Bäcker, niemand muss mit 66 noch genau dasselbe machen, was er mit 16 gelernt hat.“ Wir fragen uns: Auf welche Jobs sollen sich denn Ältere bewerben? Falls es Ihnen entgangen sein sollte, Frau von der Leyen: Knapp ein Drittel aller Arbeitslosen sind über 50.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Bosbach** hingegen ist mit einem Wahlkampfklassiker der Union unterwegs. Er fordert eine erleichterte Ausweisung von straffälligen Ausländern. Mit Sprach- und Integrationskursen sei es nicht getan. Die Hürden für eine Ausweisung seien in Deutschland „außergewöhnlich hoch“. Er bedauere, dass es für eine Änderung im Bundestag keine Mehrheit gibt. Wir sagen: Und das ist auch gut so!

Damit sich Arbeit lohnt

Fairness auf dem Arbeitsmarkt fordert die SPD zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit



// Nur ein allgemein verbindlicher Mindestlohn verhindert Lohndumping. Davon

ist Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, überzeugt.//

Es wird Zeit, dass die schwarz-gelbe Koalition ihre ideologischen Scheuklappen ablegt. Nur ein allgemein verbindlicher Mindestlohn bringt Ordnung auf den Arbeitsmarkt und sorgt dafür, dass ordentliche Arbeit auch ordentlich bezahlt wird. Doch anstelle eines Mindestlohns will die Koalition die Arbeitsanreize für gering entlohnte Beschäftigung erhöhen und Armuts-löhne staatlich subventionieren. Die Koalition macht einen großen Fehler mit ihren Vorschlägen, die Zuverdienstregelungen in der Grundsicherung zu ändern: Lohnsubventionie-

rung wird so zur Daueraufgabe der Sozialkassen.

Fairer Wettbewerb sollte über Produktivität und Qualität der Leistung und nicht über Lohndumping ausgetragen werden. Lohndumping belastet seriös arbeitende Unternehmen und verdrängt diese vom Markt. Mindestlöhne sind eben nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, sondern liegen

auch im Interesse der sozialen Marktwirtschaft. Niedriglöhne bei der Konkurrenz schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitgeber, die faire Löhne zahlen.

Diese Situation wird sich weiter verschärfen, wenn in einem Jahr, am 1. Mai 2011, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt gilt. Ohne Mindestlöhne – wie in den meisten anderen europäischen Ländern – wird sich der Wettbewerbs- und Lohndruck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland weiter erhöhen. Bereits heute zählt Deutschland zu den europäischen Ländern mit dem höchsten Anteil an Niedriglohnbeschäftigung: über 6,5 Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne, und die Einkommen sind immer ungleicher verteilt.

Es ist richtig: „Arbeit muss sich lohnen“. Doch dazu muss Arbeit ordentlich bezahlt werden. ■



„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“: Unter diesem Motto mobilisieren die Gewerkschaften in diesem Jahr zu den 1. Mai-Veranstaltungen.

Flickschusterei im Haushalt

Regierung muss endlich finanzpolitische Verantwortung übernehmen.

Keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, keine konkreten Schritte zur Bändigung des Finanzsektors, und auch die Haushaltskonsolidierung ist „Flickschusterei“. Das Fazit der SPD-Bundestagsfraktion zur Finanzpolitik von Schwarz-Gelb ist eindeutig: Statt Lösungen vorzulegen, bedient die Regierung ihre Klientel und verunsichert die Bevölkerung mit ihren Projekten zur Kopfpauschale und zur Steuerreform.

Dabei geht es beim Haushalt 2010 mit 80,2 Milliarden Euro um die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Folgen sind immens: Ab 2011 müssen jährlich 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Schuldenbremse und die Vorgaben des europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Gleichzeitig weigert sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), eine mittelfristige Planung mit klarer Konsolidierungsstrategie vorzulegen. Zumindest bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen duckt sich die Regierung weg.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein eigenes Sparkonzept vorgelegt, das die Neuverschuldung auf 77,8 Milliarden Euro absenkt und gleichzeitig Schwerpunkte setzt: 1,25 Milliarden zusätzlich für Entwicklungshilfe, 230 Millionen für Bildung und Forschung und 400 Millionen für die Kommunen. Zudem fordert sie die Regierung auf, die Steuer-subsidien auf den Prüfstand zu stellen, das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers zurückzunehmen sowie das Projekt der Kopfpauschale zu beerdigen und die Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung abzuschaffen. Auch der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung darf nicht weiter erhöht werden. Besonderes Augenmerk richtet die Fraktion auf die finanzielle Lage der Kommunen und auf die Finanzkrise. Die sei für die aktuelle Haushaltslage mit verantwortlich. Deshalb müsse die Bundesregierung die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen. ■

Mehr zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Job-Center: Zukunft gesichert

Nach über zwei Jahren Unsicherheit scheint die Zukunft der Job-Center gesichert. Das Kabinett hat mit der Reform der Job-Center eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen, nach der die Arbeitsgemeinschaft als gemeinsame Einrichtung von Kommune und Agentur für Arbeit etabliert werden soll. Zuvor hatte sich bereits eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf diesen Kompromiss geeinigt. Das Optionsmodell wird ebenfalls im Grundgesetz verankert und auf bis zu 110 Kommunen ausgedehnt. Auch die Beschäftigten in den Job-Centern hätten jetzt eine gesicherte Perspektive, sagt der amtierende Vorsitzende der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Stephan Weil. Wichtig sei der SPD aber vor allem, „dass die Arbeitssuchenden künftig besser betreut werden“, betont der SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Für je 75 junge Arbeitssuchende soll künftig ein Betreuer zuständig sein, ab der Altersgruppe über 25 ist es einer pro 150 Kunden. Zudem ist die 900-Millionen-Euro-Haushaltssperre aufgehoben. ■

Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung

Die SPD will einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung

// Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket will die SPD-Bundestagsfraktion die Hürden für Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt beseitigen. //

Alleinerziehende stellen fast ein Fünftel aller Familienhaushalte hierzulande, 90 Prozent von ihnen sind weiblich – die Probleme von Frauen auf dem Arbeitsmarkt treffen sie doppelt und dreifach. „Wir müssen die Hürden aus dem Weg räumen, die Alleinerziehende daran hindern, berufstätig zu sein“, sagt die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dagmar Ziegler hat sie einen Acht-Punkte-Plan vorgelegt, um die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern.

In ihrem Maßnahmenpaket fordert die SPD „Zeit, Geld und Infrastruktur“. Um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, bräuchten Alleinerziehende vor allem Betreuungsmöglichkeiten. Schwesig will deshalb einen Rechtsanspruch, der „die Ganztagsbetreuung der Kinder von Alleinerziehenden“ gewährleistet. Finanzieren ließe sich dies, indem die von der Union für das umstrittene Betreuungsgeld vorgesehenen zwei Milliarden Euro in den Ausbau von Kinderbetreuung fließen.

Daneben sei eine besondere Unterstützung in den Arbeitsagenturen notwendig, betont Ziegler: „Wir brauchen mehr Zeit für die Beratung, speziell geschulte Fallmanager und für jedes Arbeits- oder Qualifizierungsangebot ein Angebot zur Kinderbetreuung.“ Für junge Alleinerziehende ohne Berufsausbildung sei zudem ein Rechtsanspruch auf eine Ausbildung oder einen nachgeholt Schulabschluss in Teilzeit unerlässlich, so Ziegler.

Die Einkommenssituation von Alleinerziehenden hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren erheblich verschlechtert, oft wird Teilzeitarbeit zur Falle. Deshalb soll sichergestellt werden,

dass sie nach einer Verkürzung der Arbeitszeit wegen der Betreuung eines Kindes die Arbeitszeit wieder aufstocken können. Außerdem müsse der Kinderzuschlag weiter entwickelt und der Unterhaltsvorschuss ausgebaut werden.

Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will ein Konzept für Alleinerziehende vorlegen. Ziegler ist skeptisch: „Schwarz-Gelb setzt die falschen Schwerpunkte.“ Bisher gefährde die Regierung mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik den Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur. ■

Mehr zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Alleinerziehende leisten viel – die SPD-Bundestagsfraktion will sie mit vielerlei Maßnahmen unterstützen.

Breite Koalition gegen Kopfpauschale

Der Protest gegen die von Schwarz-Gelb geplante Kopfpauschale wächst.

Mit einer Online-Petition wendet sich die SPD gegen den angestrebten Systemwechsel im Gesundheitssystem. Über 57 000 Menschen haben bereits unterschrieben. „Es geht um das Überleben unseres solidarischen Gesundheitssystems“, betont der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach.

Darum geht es auch der Reformkommission, die auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung ausarbeitet. Ihr gehören neben Gewerkschaftern auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, aus der Wissenschaft und von den Arbeitnehmerorganisationen

der Parteien an. Ottmar Schreiner, Sprecher der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), will in der Kommission „ein solidarisches Gesundheitskonzept mit gleichen Teilhabechancen für alle, unabhängig von der Größe des Geldbeutels“ erarbeiten.

Von dieser Lösung entfernt sich die Bundesregierung täglich weiter. Neben der Einführung der Kopfpauschale steht vor allem ihre Klientelpolitik in der Kritik: Bei den Apotheken verzichtet Schwarz-Gelb ebenso auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten wie gegenüber der Pharmaindustrie. Mit der Einschränkung der Möglichkeiten von Rabattverträgen bei Generika werde „eines der wirksamsten Instrumente der Kostenkontrolle, eingeführt durch die große

Koalition, aufgegeben“, so Lauterbach. Eine weitere Folge sind die Zusatzbeiträge, die nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Künftig soll der Arbeitgeberanteil komplett festgeschrieben werden. Für die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ferner ist die Koalition daher ein „Sicherheitsrisiko für den Sozialstaat“.

Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt dabei: Die Bürgerversicherung ist das bessere Modell. Daneben hat sie aktuell einen Antrag für eine „effektivere Arzneimittelversorgung“ vorgelegt, der die Arzneimittelausgaben um bis zu vier Milliarden Euro senken soll. Unter anderem sollen der Zwangsabbau für Pharmahersteller erhöht und die bisherigen Preise festgeschrieben werden. ■

Sozialstaat stärken



Von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland ist bisher gut durch die Weltwirtschaftskrise gekommen. Das hat viel mit unserer Politik zu tun. Die Konjunkturprogramme, die Abwrackprämie und insbesondere die Kurzarbeit, sind die Eckpfeiler einer konsequenten sozialdemokratischen Krisenpolitik gewesen. Diese Maßnahmen haben die Folgen der Krise abgefangen, aber sie haben die Ursachen noch nicht beseitigt. Hier muss die neue Bundesregierung nun dringend handeln. Das Fenster für die Regulierung der Finanzmärkte steht nur noch sehr kurze Zeit offen. Wir brauchen jetzt eine internationale Finanzmarktsteuer ebenso wie einen TÜV für riskante Finanzprodukte. Nach der Krise können wir nicht einfach so weiter machen wie bisher und nur auf ein mögliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts schauen. Wir bezweifeln, ob dies allein uns überhaupt Auskunft über die Lebensqualität der Menschen gibt. In einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages wollen wir daher neue „Fortschritts-Indikatoren“ entwickeln. Hierbei müssen wir auch Umweltgüter, Gesundheit, Bildung, Qualität der Arbeit und soziale Sicherheit mit einbeziehen. Für einen solchen sozialen Fortschritt brauchen wir gerechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Was uns in der Krise stark gemacht hat, war nicht der unregulierte freie Markt, sondern waren die Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft: Die Mitbestimmung, die funktionierenden Sozialsysteme, der handlungsfähige Staat. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen den Sozialstaat stärken, flächendeckende Mindestlöhne schaffen, den Ruin der staatlichen Finanzen durch die Steuerpolitik der FDP verhindern. Dafür wird die SPD streiten. ■

Fairer Arbeitsmarkt: Leiharbeit braucht klare Regelungen

SPD-Bundestagsfraktion will gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Eigentlich sollte Leiharbeit dazu dienen, Überstunden abzubauen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mittlerweile wird Leiharbeit aber missbraucht – um Dumpinglöhne zu zahlen oder um reguläre Jobs durch firmeneigene Agenturen in Leiharbeitsjobs umzuwandeln. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Damit muss Schluss sein. Mit dem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ fordert die SPD-Bundestagsfraktion „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Leiharbeit soll wieder ein Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt sein. „Um dies zu erreichen,

braucht es klare Regeln“, betont Anette Kramme, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. So müsse der Arbeitsmarkt im Hinblick auf grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassungsverhältnisse durch einen Mindestlohn geschützt werden. Außerdem muss der Grundsatz der gleichen Bezahlung und Arbeitsbedingungen festgeschrieben werden. „Uns liegt daran, die Beschäftigungschancen der Leiharbeit zu nutzen, aber wir müssen gleichzeitig Missstände durch geeignete Maßnahmen zurückdrängen“, betont Kramme. ■



Gegen Lohn-Ungleichheit und Diskriminierung von Frauen im Beruf protestierten am „Equal Pay Day“, dem 26. März, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am Brandenburger Tor in Berlin. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und Elke Ferner, eine seiner Stellvertreterinnen, verteilten an die Passanten rote Taschen – als Symbol für die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit.

Kurzarbeit: mal hü, mal hott

Die überraschend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Verdienst der Kurzarbeit – eingeführt unter dem damaligen Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD). Mit ihr konnten Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Krise gerettet werden. Doch die schwarzgelbe Bundesregierung droht diesen Erfolg mit ihrem Hü und Hott bei den Regelungen zu verspielen, kritisiert Hubertus Heil, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender. „Die Arbeitsmarktpolitik der Regierungskoalition ist ein Jammerspiel.“ Arbeitsministe-

rin Ursula von der Leyen (CDU) musste – wie schon bei der Neuorganisation der Jobcenter – einsehen, dass ihr erstes Gesetz zur Kurzarbeit nicht zu Ende gedacht ist, so Heil. Ohne Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge könnten sich viele Unternehmen Kurzarbeit nicht leisten. Jetzt hat das Kabinett beschlossen, die Förderung für die Kurzarbeit bis März 2012 auszudehnen. „Es war höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihren Fehler einsieht und einlenkt. Endlich haben die Betriebe die notwendige Sicherheit für ihre Personalplanung“, betont Hubertus Heil. ■

Nachgefragt



Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet. Die Folgen für die Beschäftigten sind immens – ohne

Perspektive auf einen sicheren Job ist eine Lebensplanung kaum möglich. Die Bundesregierung will befristete Beschäftigung noch erleichtern, die SPD „sachgrundlose Befristungen“ massiv einschränken. Susanne Neumann, IG BAU, Betriebsratsvorsitzende bei einer Gebäudereinigungsfirma in NRW, würde das begrüßen.

„Im Dienstleistungsbereich, wie bei uns in der Gebäudereinigung, sind befristete Einstellungen die Regel. Die Folgen für die so Beschäftigten sind immens. Aus Angst um den Arbeitsplatz meldet sich eine befristete Arbeitnehmerin nicht krank, sie klagt weder Überstunden noch tarifliche Leistungen ein. Sie traut sich nicht schwanger zu werden. Familienplanung wird zur Farce.

Durch die in vielen Firmen unserer Branche üblichen, auf sechs Monate befristeten Verträge kön-

nen die Beschäftigten kaum planen. Das heißt: Sie müssen am selben Tag, an dem sie den Arbeitsvertrag unterschreiben, zur Arbeitsagentur gehen, um anzukündigen, dass sie in einem halben Jahr möglicherweise wieder auf der Straße sitzen. Wenn sie eine Wohnung mieten wollen, wissen sie nicht, ob sie die Miete in sechs Monaten zahlen können. Wenn der Fernseher, die Waschmaschine oder der Kühlschrank kaputt gehen, ist es Befristeten nicht möglich, einen Überziehungskredit oder einen Kleinkredit bei der Bank zu bekommen.

Befristet Beschäftigte sind Menschen zweiter Klasse in diesem Land. Sie können kaum in die Zukunft schauen. Es ist diese Unsicherheit, die die Beschäftigten so fürchterlich kaputt macht. Nicht nur in unserer Branche werden die Beschäftigten mit befristeten Verträgen systematisch unter Druck gesetzt. Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass – wie Schwarz-Gelb es im Koalitionsvertrag vorsieht – Befristungen noch erleichtert werden. Im Gegenteil: Es müssen wirksame Maßnahmen gefunden werden, um dem gängigen Missbrauch von befristeten Verträgen einen Riegel vorzuschieben.“ ■

Mit Investitionen aus der Krise

Was lernen wir aus der Krise? Wie soll eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftspolitik der Zukunft aussehen? Für die SPD-Bundestagsfraktion sind dies keine Fragen, die sich von selbst lösen. Anders als die Bundesregierung entwickelt sie ihr neues wirtschaftspolitisches Konzept auf der Höhe der Zeit in einer offenen, breiten Diskussion. Der Auftakt war Ende April die Veranstaltung „Mit neuen Investitionsimpulsen aus der Krise“. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier machte deutlich, worum es geht: „Der

Tatenlosigkeit der Bundesregierung und dem Abdriften Deutschlands in einen dauerhaften Abschwung wollen wir Alternativen entgegensetzen.“ Und so soll es gehen: Die Finanzmärkte sollen effektiv reguliert, nachhaltig wirtschaftende Unternehmen mit Investitionen gefördert werden. Ein Rettungsschirm soll klammen Kommunen und Gemeinden helfen. Reguläre und faire Jobs sollen wieder zum Normalfall werden. Die rege Beteiligung an den Diskussionen machte deutlich: Das Interesse ist groß. Weitere Veranstaltungen folgen (siehe Seite 8). ■

Was sind die Eckpunkte des SPD-Konzepts „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“?

Unsere Gesellschaft ist auf Arbeit aufgebaut. Deshalb müssen wir vor allem dafür sorgen, dass die arbeitenden Menschen wieder mehr Wertschätzung erhalten. Drei Jahrzehnte anhaltend hoher Arbeitslosigkeit haben zu einigen moralischen Verwirrungen geführt. Die Zyniker melden sich zu Wort und erklären, das könne man nicht ändern.

Die SPD bekennt sich zum Ziel der Vollbeschäftigung. Ist das realistisch?

Eine demokratische Gesellschaft darf sich niemals mit der Arbeitslosigkeit von Millionen ihrer Bürger abfinden. Wir dürfen das Ziel der Vollbeschäftigung nicht aufgeben. Wir befinden uns an einer entscheidenden Wegmarke und müssen jetzt die Chancen nutzen, um das Ruder rumzureißen. Nach drei Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahrzehnten vor allem der Mangel an Fachkräften den Arbeitsmarkt bestimmen. Die Prognosen lauten, dass zum Ende unseres Jahrzehnts rund zwei Millionen Fachkräfte fehlen, zum Ende des folgenden Jahrzehnts fünf bis sechs Millionen. Der Fachkräftebedarf wirkt aber nicht als Automatismus beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Hier muss die Politik agieren – durch eine erstklassige Arbeitsvermittlung, durch die Förderung von Qualifizierung, in der Schule, aber auch danach.

Ist das Teil der „neuen Kultur der Arbeit“, die die SPD fordert?

Wir müssen vor allem das Normalarbeitsverhältnis stärken. Das ist in den letzten Jahren ins Rutschen geraten – etwa durch den massiven Missbrauch der Leiharbeit oder die Expansion der befristeten Beschäftigung.

Wie will die SPD die befristete Beschäftigung zurückdrängen?

Wir wollen, dass das Beschäftigungsförderungsgesetz von Norbert Blüm und Helmut Kohl zurückgenommen wird. Dieses Gesetz hat die so genannte „sachgrundlose Befristung“ eingeführt. Die Folge: Heute ist die Hälfte aller Neueinstellungen befristet. Ohne Perspektive auf einen sicheren Job ist eine Lebens- oder Familienplanung fast unmöglich. Wir wollen, dass es wieder nur bei gutem Grund möglich ist, befristet einzustellen.

Wie will die SPD den Missbrauch von Leiharbeit eindämmen?

Die Leiharbeit ist aus dem Ruder gelaufen. Was Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften bei der Gesetzesreform der Arbeitnehmerüberlassung 2003 wollten, ist gründlich schief gegangen. Ziel war, die Branche aus dem Schmutzdel-Image zu holen und Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen. Leider ist das Gegenteil eingetreten. Die Grundregel war: Leiharbeiter sollen zu den gleichen Bedingungen wie die

»Die arbeitenden Menschen brauchen mehr Wertschätzung«

Mit grundlegenden Reformen will die SPD eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Die Begrenzung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung, mehr Mitbestimmung, ein gesetzlicher Mindestlohn und ein sozialer Arbeitsmarkt sollen helfen, eine neue „Kultur der Arbeit“ zu begründen. Olaf Scholz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und als stellvertretender SPD-Parteivorsitzender einer der Architekten des neuen SPD-Konzepts „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“, erklärt im Interview dessen Grundzüge.



Stammbelegschaft beschäftigt werden: gleiche Arbeit, gleiches Entgelt. Vom Gleichheitsgrundsatz sollte nur dann abgewichen werden können, wenn ein Tarifvertrag existiert. Niemand hat daran gedacht, dass bis dahin kaum bekannte „Scheingewerkschaften“, sich dazu hergeben, Tarifverträge für die Leiharbeit abzuschließen, die miserable Bedingungen und Bezahlung festschreiben. Um das zu ändern, brauchen wir einen Mindestlohn in der Zeitarbeit. Wir brauchen außerdem eine klare Regelung, die festschreibt, dass nach kurzer Zeit Leiharbeiternehmer das gleiche verdienen wie die Stammbeschäftigten. Im Übrigen sollten künftig Leiharbeiternehmer, so wie es früher war, zwar befristet in verschiedenen Firmen eingesetzt, aber unbefristet bei der Zeitarbeitsfirma eingestellt werden.

Nicht nur in der Leiharbeit sondern auch in zahlreichen anderen Branchen reichen Tarifverträge nicht aus, um Niedrigstlöhne zu verhindern.

Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Eine Gesellschaft, für die Arbeit eine solch große Rolle spielt, darf nicht zulassen, dass zahlreiche Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht leben können und auf ergänzende Transferleistungen des Staates angewiesen sind.

Manche sehen den Untergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland, wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Geht die Arbeit weg, wenn es den Mindestlohn gibt?

Ein altes, aber falsches Argument: Ein Mindestlohn gehört heute zum Standard moderner, demokratischer Volks-

wirtschaften. In den USA gibt es ihn seit den 30er Jahren. Ich bin ganz sicher, dass der Mindestlohn nicht Arbeit vernichtet, sondern im Gegenteil zur Aktivierung von Arbeitskräften beitragen wird.

Das heißt aber auch: Wir brauchen neue Impulse in der Arbeitsmarktpolitik.

Wir brauchen auf alle Fälle nicht das, was im Programm von Schwarz-Gelb steht, nämlich eine Reduzierung der Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen einen massiven Ausbau. Wir müssen alles tun, um diejenigen zu unterstützen, die fehlende berufliche Qualifikationen nachholen wollen. Die guten Erfahrungen etwa mit dem Programm WEGEBAU zeigen, dass es möglich ist, Berufschancen auch von älteren Geringqualifizierten zu verbessern. Wir haben heute die Chance, durch verstärkte Anstrengungen in Bildung und Qualifizierung Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Das Papier fordert unter anderem, unter bestimmten Voraussetzungen die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I zu verlängern oder das Vermögen von Beziehern der Grundsicherung zu schonen. Ist das die Abkehr von Agenda 2010 und den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre?

Das Papier ist eine Neubestimmung der Position der SPD. Es baut auf dem auf, was die SPD in den letzten Jahren gemacht hat. Das heißt aber auch: Es berücksichtigt, dass sich einige unserer früheren Einschätzungen als falsch erwiesen haben, und korrigiert sie. Die Betonung der Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses ist eine richtige Weiterentwicklung angesichts der Zunahme von unsicheren, prekären Jobs. ■

Mehr zum Thema:

www.spd.de

Meldungen

Mehr für Wohlhabende

Mit ihren Steuersenkungsplänen macht die FDP vor allem Wohlhabenden eine Freude. Während sie an die Sonn- und Feiertags- und Schichtzuschläge von Geringverdienern und Polizisten, Krankenschwestern, Pflegekräften und Industriearbeitern heran will, können sich Besserverdiener einmal mehr über zusätzliches Geld freuen. So hat der Bund der Steuerzahler dem „Handelsblatt“ vorge-rechnet, dass eine Friseurin mit einem Jahresgehalt von 15 600 Euro durch die Reform der FDP jährlich 73 Euro mehr hat. Einem Gutverdiener-Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 200 000 Euro bleiben 3237 Euro mehr. Was von den Plänen der FDP nach der NRW-Wahl umgesetzt wird, bleibt fraglich: Landauf landab warnen Wirtschaftsexperten und selbst Politiker aus dem Regierungslager vor Steuersenkungen. ■

Kommunales Wahlrecht

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Mit dem Entwurf soll Ausländerinnen und Ausländern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates besitzen, das kommunale Wahlrecht eingeräumt werden. Der Gesetzentwurf bietet den Bundesländern die Möglichkeit, im jeweiligen Landesrecht festzulegen, ob Ausländer aus Drittstaaten bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sind. ■

Zukunftswerkstatt Faires Deutschland

Welche Werte sind uns wichtig? Wie wollen wir arbeiten? Was muss eine moderne Wirtschaftspolitik leisten? Welche Rahmenbedingungen brauchen Familien? Und wie kann Integration gelingen? Diese Fragen bearbeitet die SPD in der Zukunftswerkstatt Faires Deutschland. Wer mehr darüber erfahren möchte, kann sich unter www.zukunftswerkstatt.spd.de informieren und in einen Newsletter eintragen. ■

Vier Milliarden Euro gegen die Pleite

SPD fordert Rettungsschirm für Kommunen

Mehr als der Hälfte aller Kommunen droht die Zahlungsunfähigkeit. „Bundesweit sind mehr als die Hälfte aller Kommunen nicht mehr in Lage, ihre laufenden Ausgaben zu decken“, erklärt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Er fordert deshalb deutlich mehr Steuer-

einnahmen für die Kommunen. Von Schwarz-Gelb können die Städte dabei kaum Unterstützung erwarten.

Während die Bundesregierung sinnlose Steuergeschenke verteilt, will die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Antikrisenpaket für die kommenden zwei Jahre den Kommunen unter die Arme greifen. Sie schlägt vor, das Mehrwert-

steuerprivileg für Hoteliers zurückzunehmen und die den Kommunen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr auszugleichen. Um die Finanzlage der Kommunen nachhaltig zu stärken, fordern die Sozialdemokraten außerdem den Stopp aller von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen.

Traurige Berühmtheit als Pleite-Stadt hat mittlerweile Wuppertal erlangt – mit weitreichenden Einsparvorhaben etwa in der Jugendhilfe bis hin zur Schließung des Stadttheaters. „Unabhängig davon, wie viel Geld Wuppertal derzeit einspart, steigt die Verschuldung immer weiter. Das ist eine unerträgliche Situation. Damit wird die kommunale Selbstverwaltung ad absurdum geführt“, sagt Manfred Zöllmer, SPD-Bundestagsabgeordneter für die Schwebelahnstadt. Diese „Vergeblichkeitsfälle“ müsse endlich durchbrochen werden. „Gerade in NRW brauchen wir einen Rettungsschirm für die Kommunen.“ Wuppertal sei kein Einzelfall. ■



„Wuppertal wehrt sich“: Die Bürgerinnen und Bürger der Bergischen Metropole sind nicht bereit, die Zeche für die Krise allein zu zahlen.

Finanzpolitische Mogelpackung

Für den SPD-Finanzexperten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Joachim Poß ist das schwarz-gelbe Eckpunktepapier zur Bankenabgabe eine „Mogelpackung und ein Wählertäuschungsmanöver“. Vor dem Hintergrund des irrwitzigen Bonussystems sei das Volumen der Abgabe nicht ausreichend. Joachim Poß: „Wer genug Geld für diese Boni hat, kann mehr Geld für die Mitfinanzierung der Kosten der Krise aufbringen.“ So würden weder die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten, noch würden künftig die Lasten gerechter verteilt. Der geplante Betrag von 1,2 Milliarden Euro, der jährlich zusammen kommen soll, ist so gering, dass in absehbarer Zeit gar kein ausreichendes Krisenpolster aufgebaut werden kann.

Auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Papiers ließe nichts anderes als eine Mogelpackung vermuten: „Da erscheint kurz vor der NRW-Wahl ein Eckpunktepapier – doch wenn man weiß, wie weit die Koalitionspartner

in dieser Frage bis vor 14 Tagen noch auseinander waren, kann es sich nur um ein Wahlkampfmanöver handeln.“ Das Papier diene einzig dazu, nicht wirklich einen Gesetzentwurf vorlegen zu müssen.

Schwarz-Gelb plant weder Regelungen zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni noch setzt sich die Koalition für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein. Die SPD aber will eine echte Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Lasten der Krise, eine internationale oder zumindest europäische Steuer.

Wenn das nicht geht, dann „werden wir für eine nationale Besteuerung eintreten, damit die Finanzmarktakteure sich stärker an den Kosten der Krise beteiligen und die Spekulation stärker gedämpft wird“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Die schwarz-gelbe Bankenabgabe, so viel steht fest, geht in eine völlig falsche Richtung. Wenn Sparkassen und andere kleine, seriöse Banken für die Spekulationsgeschäfte ihrer risikofreu-

digen Investment-Kollegen mit einem Beitrag zur Bankenabgabe herangezogen werden, dann verteuert das Kredite für den Mittelstand. Und gefährdet so Investitionen und Innovationen, Voraussetzungen, die für die Arbeit von morgen notwendig sind.

Als „überraschend weitgehend“ bewertet Finanzexperte Joachim Poß die Vorschläge des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten. „Der IWF“, urteilt Poß, „geht weit über die Pläne der Bundesregierung hinaus“. Die Vorschläge des IWF zeigten, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, „die Bundesregierung ist nicht mutig, sondern nach wie vor sehr zurückhaltend, wenn es um Maßnahmen zu Lasten der Banken und Finanzbranche geht“.

Der IWF hatte unlängst gefordert, dass staatliche Aufsichtsbehörden für mehr Transparenz und eine einheitliche Bewertungspraxis sorgen. Stabilitätsberichte für schwer bewertbare Finanzprodukte sollen erstellt und Ratingagenturen, die Risiken von Finanzprodukten bewerten, müssten reformiert werden. ■

Klientelpolitik schadet der Demokratie

Steuergeschenke an die eigene Klientel zerstören den Zusammenhalt der Gesellschaft



// Politiker müssen erkennbar für das Gemeinwohl arbeiten und nicht für das eigene materielle

Wohl oder das ihrer Partei. Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident und SPD-MdB, über (Un-) Moral in der Politik //

Der Berufsstand des Politikers ist in Verruf geraten – alle Umfragen belegen es: Verdruss, Verachtung, Misstrauen trifft uns. Politik als schmutziges Geschäft, das uralte Vorurteil ist lebendiger denn je. Woran liegt das?

Zunächst eine allgemeine Beobachtung. Im öffentlichen Amt sind Erfolge strahlender, erscheinen schöner und größer, aber zugleich sind Niederlagen, Fehler, Misserfolge schlimmer und schmerzlicher. Mit dem Amt wächst nicht nur die Verantwortung, sondern auch der Zwang, makellos zu sein. Wehe, wenn nicht! Aber die Person im öffentlichen Amt bleibt doch ein Mensch, also fehlbar und unvollständig: Politiker sind halt gewöhnliche Menschen – wider allen medial erzeugten Anscheins.

Heilige müssen Politiker nicht sein, aber umso mehr sollten sie Vorbilder sein für die Einhaltung der Regeln, die für unser demokratisches Gemeinwesen grundlegend sind. Sie sollten erkennbar für das Gemeinwohl arbeiten und nicht nur fürs eigene materielle Wohl oder das der eigenen Partei. (Wo

das nicht geschieht, können und sollten die Bürger sie abwählen.)

Wenn Ministerpräsidenten Gesprächszeit zur Verfügung stellen für eine bestimmte Summe, dann erzeugen sie den Verdacht, sich für eine Leistung bezahlen lassen zu wollen, für die sie als demokratische Amtsträger bereits aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Der Parteienrechtler Martin Morlok schreibt: „In einem demokratischen System darf der Zugang zur Macht nicht käuflich sein. Schon das Angebot ist unsittlich.“

Das gilt auch für einen Außenminister, der den Eindruck erweckt, ihm persönlich oder politisch Nahestehende bei Auslandsreisen zu begünstigen, indem sie diese als Geschäfts-Anbahnungs-Gelegenheiten nutzen können. Das gilt auch für einen Parteivorsitzenden, der seine kalkulierte und insze-

nierte öffentliche Wut, den Vorwurf der Dekadenz gegen die Schwachen, die Arbeitslosen, die da „unten“ richtet und nicht gegen die unverschämte Selbstbedienungsmentalität von Einkommensmillionären, Mehrfachverdienern, Spekulanten und Steuerhinterziehern.

Es geht dabei nicht nur um Redensarten, um Stilfragen, um die Wortwahl, sondern auch um Taten: Steuergeschenke für die eigene Klientel, Verweigerung von gesetzlichen Mindestlöhnen, Begünstigung von Billigjobs, Steuersenkungen fast um jeden Preis.

Wer so redet und handelt, beschädigt Solidaritätsbereitschaft und Gerechtigkeitsbedürfnis vieler Menschen. Das zerstört den sozialen und moralischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und das ist Unmoral in der Politik. ■



„In einem demokratischen System darf der Zugang zur Macht nicht käuflich sein. Schon das Angebot ist unsittlich.“ Parteienrechtler Martin Morlok

Klarer Verstoß gegen Parteiengesetz

Ein neues Rechtsgutachten der SPD-Bundestagsfraktion bringt Bewegung in die Sponsoring-Affäre um den NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU). Das Rechtsgutachten belegt klar, dass die Vorgehensweise der NRW-CDU nicht nur, wie es Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) nannte, „dämlich“ gewesen sei, sondern auch gegen das Parteiengesetz verstoßen habe, erklärt der Erste Parlamentarische Ge-

schaftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann. Er fordert: „Lammert muss nun die Prüfung der Vorgänge in NRW unter Beachtung der neuen Argumente wieder aufnehmen.“

Ende März hatten Union und FDP mit einem Verfahrenstrick eine Bundestags-Anhörung zum Thema Sponsoring und Parteispenden verhindert. So setzte Schwarz-Gelb mehrheitlich durch, dass eine Anhörung im Innen-

ausschuss von der Tagesordnung gestrichen wurde. Frank Hofmann, SPD-MdB und stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses, ist sich sicher: „Bis zur Landtagswahl in NRW wird das Thema nicht kommen, um Rüttgers zu schützen.“ Der Hintergrund: Die CDU NRW hatte Sponsoring-Gesprächstermine mit Rüttgers gegen Bezahlung angeboten und war deswegen unter massiven öffentlichen Druck geraten. ■

Meldungen

Gorleben untersuchen

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wurde ein Untersuchungsausschuss „Gorleben“ eingesetzt. Geklärt werden soll, ob bei der Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens als Endlager für Atommüll wissenschaftliche Erkenntnisse oder politische Vorgaben ausschlaggebend waren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Regierung aufgefordert, den Rahmenbetriebsplan von 1983 zur Erkundung des potenziellen Endlagers nicht zu verlängern, bis der Untersuchungsausschuss Ergebnisse vorgelegt hat. ■

Schwarz-Gelb verunsichert Solarmarkt

Ende März wurde der Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in 1. Lesung im Bundestag beraten. Darin plant Schwarz-Gelb, die Vergütungen für Strom aus Solaranlagen drastisch zu senken. Die SPD-Fraktion warnt, die Branche brauche eine langfristige Perspektive und deshalb eine maßvolle Kürzung der Solarförderung. Nur so könnten die dynamische Entwicklung der Branche und der Erhalt der Arbeitsplätze garantiert werden. ■

AKW-Laufzeiten nicht verlängern

Stephan Weil, Oberbürgermeister von Hannover und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), ist besorgt über die von Schwarz-Gelb geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken werde der nötigen Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik nehmen. Viele Stadtwerke hätten im Vertrauen auf die geplanten Abschaltungen älterer Atomkraftwerke Investitionen geplant, um die Energieerzeugung dezentraler und klimafreundlicher zu gestalten. Wenn die Kraftwerke länger am Netz blieben, verstopfe das den Energiemarkt, so Weil. ■

Vorgestellt



Anette Kramme

Als Fachanwältin für Arbeitsrecht bewegt sie sich ganz in ihrem Metier: Seit Beginn der neuen Legislaturperiode ist Anette Kramme (42) Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales. Kramme setzt ihren Sachverstand ein, um den Menschen ein Arbeitsleben in Würde mit einem ausreichenden Einkommen zu sichern. Ganz oben auf der Agenda stehen für sie der Schutz der Beschäftigten vor rücksichtslosen Geschäftspraktiken à la Lidl oder Schlecker und der Kampf gegen Bagatellkündigungen. „Wir müssen die Menschen vor solchem Vorgehen schützen“, betont Kramme. Besonders wichtig ist für sie, Beschäftigung in der Krise zu sichern und Mindestlöhne durchzusetzen.



Ernst Dieter Rossmann

Für Ernst Dieter Rossmann (59), Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, steht fest: „Gute Bildung für alle Menschen ist mein politisches Lebensthema. Chancengleichheit durch Bildung ist wichtig.“ Zu den zentralen Anliegen, für die er sich stark macht, gehören: mehr frühkindliche Bildung, mehr Ganztagschulen, ein Recht auf Berufsausbildung, der Ausbau des BAföG, die Abschaffung der Studiengebühren und mehr Qualität in der Hochschullehre. Denn: Bildung dürfe nie ein Privileg für wenige und nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein.

Schwarz-Gelb: Auch in der Bildung Klientelpolitik

Das neue Stipendienprogramm fördert vor allem sozial Bessergestellte

// Die SPD-Bundestagsfraktion will mit mehr Investitionen in die Qualität von Bildung und Verbesserungen beim BAföG mehr Chancengleichheit im Bildungssystem erreichen. //

Wenn man mehr junge Menschen zu einem Studium motivieren will, dann schafft man das nicht mit unsicheren Stipendiensystemen“, beschreibt Doris Ahnen, Bildungssprecherin der SPD-geführten Bundesländer, den Kurs schwarz-gelber Bildungspolitik. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen bis zu zehn Prozent der leistungsbesten Studierenden monatlich 300 Euro erhalten – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Kein Grund zur Freude, meint die SPD-Bildungsexpertin und rheinland-pfälzische Kultusministerin Ahnen. Denn „man kann Geld nur einmal ausgeben“. So ist das nationale Stipendienprogramm weder ein Beitrag zur Chancengleichheit noch verbessert es die Qualität in der Bildung.

Rund die Hälfte des Förderbetrages sollen die Hochschulen bei Unternehmen einwerben, die andere Hälfte teilen sich Bund und Länder. Insbesondere das Geld, das der Bund in das Stipendienprogramm gibt, wird anderswo fehlen. Letztlich gibt „nur das BAföG einen Rechtsanspruch auf Förderung. Darauf können die jungen Menschen bauen und hier muss auch der Staat mehr investieren“, so Doris Ahnen. Statt soziale Ungleichheiten und die soziale Spaltung im Bildungssystem wirksam zu bekämpfen, setzen CDU und FDP auf Klientelpolitik. Von den Stipendien werden nur zehn Prozent der Studierenden – vor allem sozial Bessergestellte – profitieren.

Notwendig wären gezielte Investitionen für mehr Chancengleichheit, für qualitätsvolle Bildungsangebote und für individuelle Förderung mit Rechtsansprüchen, wie etwa Verbesserungen beim BAföG, so der Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Ernst Dieter Rossmann. „Stattdessen herrschen Ideenlosigkeit und Klientelpolitik.“

Union und FDP haben sich offenbar darauf verständigt, dem drohenden



Nur zehn Prozent aller Studierenden werden von den neuen Stipendien profitieren.

und mancherorts bereits existierenden Mangel an Fachkräften mit der Attitüde vom „Markt, der's schon richten wird“ zu begegnen. Ernst Dieter Rossmann: „Es gibt zu wenig Initiativen für Aus- und Weiterbildung, keine konsequente Ausbildungsförderpolitik und keinen Ansatz, das Problem der über 1,5 Millionen jungen Menschen ohne Berufsausbildung in Angriff zu nehmen.“ Schon beklagt etwa der Deut-

sche Industrie- und Handelskammer, dass die Fachkräfte ausgehen und neue nicht in Sicht sind. Weder die beabsichtigte Unterfinanzierung und gewollte Privatisierung der Kosten des gesamten Bildungsbereichs noch die Ideenlosigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung werden etwas an diesen Zuständen ändern. Für den Standort Deutschland droht Unge-

Termine im Mai und Juni

3.5. „Bologna reloaded – Die Zukunft guter Lehre“:

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
Infos: www.spdfraktion.de

12.5. SPD-Sozialgipfel, Nürnberg

Infos: anette.kramme@bundestag.de

17.5. „Exportorientierung der deutschen Wirtschaft – Segen oder Fluch?“: 1. Werkstattgespräch der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Infos: www.spdfraktion.de

2.6. Online-Konferenz der Zukunftswerkstatt „Gut und sicher leben“, Berlin, Infos:

www.zukunftswerkstatt.spd.de

7.6. „Chancen einer modernen Dienstleistungspolitik“: 2. Werkstattgespräch der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Infos: www.spdfraktion.de

16.6. Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Infos: über Ihren SPD-Abgeordneten oder www.spdfraktion.de

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel
Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
– per Fax: 030/22756800